Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

22 (26.1.1918)

Visual Library

No. 22. Karlsruhe, Samstag den 26. Januar 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. **Geschäftszeit:** ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. **Fernspr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Wachsende Friedensbewegung in aller Welt.

Durch die ganze Welt geht jetzt eine Bewegung, um den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen. Man kann auch nicht mehr sagen, daß die Friedensfreunde nur in dem Lager der Mittelmächte zu suchen seien, während es auf der anderen Seite nichts anderes gäbe als Kriegshetzer. Wir sprechen hier nicht von Rußland; daß diese Gegenüberstellung auf Rußland nicht zutreffen würde, liegt auf der Hand. Sie trifft aber auch für den Westen nicht mehr zu.

Am schlimmsten stehen die Dinge noch in Frankreich. Dort ringen die Gegensätze der schärferen und der gemäßigteren Richtung in wildestem Kampfe miteinander, aber auch von dem Sieg der gemäßigteren Richtung kann man eine sofortige Lösung aller Schwierigkeiten nicht erwarten. Denn auch sie hat sich in den Gedanken verbissen, daß dieser Krieg nicht anders enden dürfte, als mit der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich. Das ist die große nationalistische Ideologie, der alle ihre Zugeständnisse machen müssen, die Gemäßigten in Frankreich, die Engländer, die Amerikaner, Lloyd George und Wilson. Es geht aber nicht anders; wenn sich die Kriegslage nicht total ändert, was anzunehmen nicht der geringste Anlaß vorliegt, dann werden sich die Franzosen mit dem Gedanken abfinden müssen, daß nach diesem Kriege deutsch bleiben wird, was vor ihm deutsch gewesen ist. Wird Deutschland, wofür sich die deutsche Arbeiterklasse mit ihrem Letzten einsetzen wird, nach dem Kriege ein freies Land, und wird das deutsch-sprechende Elsaß-Lothringen ein freier Bundesstaat dieses freien Landes, dann werden die Franzosen einsehen müssen, daß Elsaß-Lothringen der Befreiung durch sie nicht bedarf und es wird zwischen Deutschland und Frankreich und Elsaß-Lothringen keinen dritten Krieg mehr geben.

Von dieser Frage abgesehen, gibt es keine gleich schwierige, die dem Zustandekommen eines dauernden Friedens zwischen Deutschland und dem Westen im Wege wäre. Die Forderung des einigen Polen unter Losreißung einiger lebenswichtiger Teile des deutschen Reiches dürfte weniger tragisch zu nehmen sein, man wird sich über sie nicht unschwer in dem Sinne verständigen, daß die deutschen Grenzen im Osten unverändert bleiben. Der dritte Differenzpunkt sind die „nichttürkischen Provinzen des türkischen Reichs", Arabien, Mesopotamien u. s. w. Hier hat Wilson in der offenbaren Absicht einer Verständigung eine äußerst dehnbare Autonomieforderung aufgestellt. In der Autonomie jener Provinzen innerhalb des türkischen Reichs brauchte man den Frieden nicht scheitern zu lassen.

Es besteht gar kein Zweifel daran, daß die geänderte Haltung des Westens zum großen Teil auf die Arbeiterbewegung zurückzuführen ist. Freilich war der Druck, den die Arbeiterbewegung drüben auf ihre Regierungen in der Richtung zum Frieden ausübte, weniger systematisch als in Deutschland. Während die offiziellen Arbeitervertreter zum großen Teil noch im Fahrwasser des Nationalismus segeln, macht sich der wahre Wille der Arbeiterschaft in elementaren Vorstößen geltend. Die Berliner Abendblätter vom 22. Januar melden einen großen Streik in Manchester, (der sogar „Generalstreik" genannt werden darf), und kündigen zugleich eine umfassende Streikbewegung in Schottland an. Zugleich berichten sie, daß Sir Edward Carson aus dem englischen Kriegskabinett ausgeschieden sei. Ob dieser Ministersturz mit der englischen Arbeiterbewegung in direktem Zusammenhang steht, läßt sich von hier aus nicht ohne weiteres beurteilen. Der indirekte Zusammenhang ist aber ohne weiteres gegeben. Sir Edward Carson war der Vertreter der schärfsten Tonart, er hat das Wort vom linken Rheinufer geprägt, das dem pazifistisch gesinnten Teil der Arbeitervertreter Anlaß zu immer erneuten Angriffen bot. Jetzt, da die Bewegung immer höher schwillt, ist Sir Edward Carson reif geworden. Der unbeugsame geht, während der bewegliche Lloyd George Anschluß nach links sucht, zunächst freilich nur, um das neue Militärgesetz durchzudrücken. Die pazifistische Bewegung wird aber die ihr gemachten Zugeständnisse festhalten und zu erweitern versuchen. Das ist eine Erfahrung, die sich in allen Ländern wiederholt.

Um es kurz nochmals zu sagen. Es ist ein Irrtum oder bewußte Irreführung, wenn man von mancher Seite dem deutschen Volk die Dinge so darstellt, als gäbe es ganz bestimmt kein anderes Mittel zu einer ehrenvollen Beendigung des Krieges als seine gesteigerte Fortsetzung. Ehe diese Fortsetzung erfolgt, muß auch von deutscher Seite versucht werden, ob es nicht möglich wäre, sie zu vermeiden. Keiner wird sich diesem Gedankengang verschließen dürfen, dem das Leben der Brüder draußen lieb ist.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. **Großes Hauptquartier,** 25. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Zwischen Poelcapelle und der Lys, bei Lens und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit am Nachmittage auf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Aussprache über die Friedensziele im Hauptausschuß.

Berlin, 25. Januar.

Abg. **Fischbeck** (F. V.): Das deutsche Volk will mit dem Treiben der Alldeutschen gegen unsere Unterhändler in Brest-Litowsk nichts gemein haben. Ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre eine Verhandlung mit Rußland nicht möglich gewesen. Die Angriffe der genannten Presse auf unsere Unterhändler waren nicht nur unberechtigt, sondern sogar schädlich. Zur Selbständigkeit Polens ist durch die Proklamation der beiden Kaiserreiche der Weg bereitet worden. Die Ostvölker haben den Willen zur Selbständigkeit. Ihn zu unterstützen, insbesondere durch Ausbau der Volksvertretung, erscheint angezeigt. Die Zurückziehung der Truppen ist nicht ohne weiteres möglich. Die Verhältnisse sind noch zu unsicher. Der Reichstag wird die Regierungspolitik betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker und keine Zwangsannexionen unterstützen. Die Annexionisten haben mit ihrem Treiben die Oberste Heeresleitung in den politischen Streit hineingezogen. Ich kann es nicht glauben, daß, nachdem die deutsche Politik programmatisch festgelegt ist, ein Offizier sich dem widersetzt und seinen Abschied einreicht, wie ausgesprengt worden ist. Hinter dieser Aktion haben aber militärische Kreise gestanden, nicht General Ludendorff. In Oesterreich muß man wissen, daß wir einen Verständigungsfrieden und nicht einen Gewaltfrieden wollen. Ein wesentlicher Teil der Wilsonschen Forderungen stimmt mit dem überein, was der Reichstag verlangt hat. Von größter Wichtigkeit ist eine **Verständigung über die belgische Frage.** Eine elsaß-lothringische Frage gibt es nicht für uns. Daß deutsche Gebiete an Polen kommen sollen, davon kann ebensowenig die Rede sein. Hinsichtlich unserer Stellung zu Oesterreich stimme ich dem zu, was der Reichskanzler gesagt hat. Wenn Lloyd George und Wilson von der Selbstbestimmung der Völker sprechen, so muß auch von den Völkern gesprochen werden, die England unterworfen hat, von Irland, Aegypten usw. Die Unversehrtheit unseres Gebietes muß unter allen Umständen garantiert werden. Sobald Wilson das erklärt, wird eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden, sonst nicht. Wir stehen Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten.

Abg. **Stresemann** (natl.): Eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und des Machtfriedens ist im Gange. Hierin kann man Scheidemann zustimmen, nicht aber seinen Ausführungen über die Lage Englands. Die englische Regierung hütet sich, irgend welche genauen Angaben über den volkswirtschaftlichen Zustand ihres Landes bekannt zu geben. Auch die australische Regierung hat anerkannt, daß es nicht gut bestellt ist in England. Es ist bedauerlich, daß bei uns die leitenden Staatsmänner sich so selten öffentlich zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. Unser Volk ist fortgesetzt den Einflüssen der Reden dieser Staatsmänner ausgesetzt. Die Abwehr darf nicht allein den Zeitungen überlassen werden. In der Rede Lloyd Georges ist eine Friedensneigung nicht zu sehen. In den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms ist viel Sentimentalität. Die elsaß-lothringische Frage ist für uns undiskutierbar, kann auch nicht auf internationalen Kongressen behandelt werden. Die Integrität der Türkei ist zu wahren. Der Reichskanzler hat gesagt, wir erstreben keine Annexion Belgiens. Das deckt sich mit dem, was meine Freunde wünschen, wie schon Abgeordneter Bassermann seinerzeit ausgeführt hat. Das Verhalten eines Teils der Presse gegenüber den Verhandlungen in Brest-Litowsk, die Kritik unserer Unterhändler war unberechtigt und unseren Interessen schädlich. Gegen die Politik des 5. Dezember 1916 bezüglich Polens haben wir schon früher die ernstesten Bedenken erhoben und jede Verantwortung dafür abgelehnt. Was die Frage des Selbstbestimmungsrechts mittels eines gleichen Wahlrechts anlangt, so ist zu bedenken, daß die politische Schulung in Litauen nicht vorhanden ist, daß es dort 70—80 Prozent Analphabeten gibt. Die verfassungsmäßige Vertretung, die beim Eintritt in Friedensverhandlungen in den östlichen Grenzlanden bestand, muß genügen für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts. Das Verhalten der russischen Regierung durch ihre Funksprüche usw. ist unerhört. General Hoffmann hat mit seiner Rede in Brest-Litowsk nicht etwa Friedensobstruktion getrieben, sondern hat sich gegen die überhebende Art der russischen Vertreter gewandt. Daß eine Uebereinstimmung mit der politischen Leitung dabei bestanden hat, ist zugegeben worden. Ich kann nicht zugeben, daß die Militärs in politischen Dingen nichts zu sagen haben. Das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn aufrechtzuerhalten, ist selbstverständlich. Es ist aber unangemessen, wenn das offiziöse Fremdenblatt in unsere inneren Verhältnisse sich einzumischen sucht. Ich hätte auch nicht erwartet, daß in einem österreichischen Parlament Ausführungen uns gegenüber gemacht würden, die verletzend sind. Deutschland kann seine Leistungen für und mit Oesterreich dem Urteil der Welt sehr wohl unterbreiten. Wir alle wollen den allgemeinen, baldigen Frieden. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß er nicht schon längst da ist.

•

Berlin, 25. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags trat heute vormittag wieder zusammen. Der Zudrang der Reichstagsmitglieder zur Ausschußsitzung ist abermals sehr groß. Der Reichskanzler ist zwar nicht erschienen, aber die meisten Staatssekretäre sind anwesend.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Kühlmann

führte nach der „Frankf. Ztg." aus: Leider konnte ich beim letzten Zusammensein des Ausschusses nicht zugegen sein. Ich will jetzt ein Bild in knappen Umrissen geben, zunächst über die Geschichte und die Grundzüge der in Brest-Litowsk geführten Politik. In der Presse ist es so dargestellt worden, als ob wir ohne feste Richtlinien nach Brest-Litowsk gekommen wären. Diese zum Teil geistreichen Artikel waren unzutreffend. An der vor meiner Zeit eingeleiteten Politik konnte man nicht vorübergehen, einzelne Faktoren standen fest. Man überschätzt leicht die Initiative des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers und überschätzt die feststehenden Tatsachen. Rußland stand auf dem Standpunkt, einen Sonderfrieden nur schließen zu können, wenn es aus dem Verhalten der Ententemächte Anlaß hatte, sich von dem Londoner Traktat loszusagen. Man hatte gesagt, warum man Rußland bestimmt hat, Vorschläge zu machen. Das ergab sich aus den Verhältnissen. Der Redner schildert die bekannten Vorgänge. Die Regierungsfrage und die Fragen der wesentlichen Randgebiete wurden in den Vordergrund gestellt. Die Formulierung vom 22. Dezember war kein offizielles Aktenstück und stand im Einklang mit der Formulierung vom 25. Dezember. **Ein Abweichen von der ursprünglichen Politik lag nicht vor.** Es sind zwei lückenlos zusammenschließende Stücke eines einzigen Ringes. In der zweiten Phase der Verhandlungen nach der Ankunft Trotzkys war eine totale Schwenkung in der Haltung der russischen Delegation zu verzeichnen. Nicht einmal private Aussprache war möglich. Die Gegner suchten taktisch agitatorisch zu verwendende Vorteile zu gewinnen.

Jetzt ruhen die Verhandlungen, weil Trotzkys Anwesenheit in Petersburg notwendig wurde. Anfang nächster Woche werden sie voraussichtlich wieder aufgenommen werden. Die Grundfesten des zaristischen Rußland waren bereits vor dem Kriege erschüttert. Die letzten Gründe dieses Krieges lagen in der unsicheren Position der russischen Machthaber. Die äußere Gleichförmigkeit des russischen Reiches täuschte nur den inneren Zusammenhalt vor. Jetzt beginnt Rußland infolge des nationalen Sprengstoffes sich in einzelne Republiken aufzulösen. Dazu kommen sozialrevolutionäre Strömungen, die die einzelnen Gebiete vollends zersprengen. Man sieht nichts Festes sich gegenüber. Der ganze Körper ist in Gärung und Zersetzung. Neben den Bolschewiki treten bei den Verhandlungen Vertreter der ukrainischen Rada auf. Die letztere hatte viel Sinn für praktische Arbeit. Zwischen uns und der Ukraine gibt es keine die Einigung gefährdenden Differenzpunkte. Auch mit Finnland besteht Hoffnung, zum Frieden zu kommen. **Das Selbstbestimmungsrecht der Völker** ist keine so neue Erfindung, wie man meint. Auch nach früheren Kriegen ist den Bewohnern von Gebieten, deren Staatszugehörigkeit wechselte, die Option freigegeben worden, zum Beispiel in Nordschleswig. Ueber die Ausführung gibt es allerdings nicht einmal ein Gewohnheitsrecht. Dies muß neu geschaffen werden. Man kann nicht erst alles wegradieren, sondern muß an das Folgende anknüpfen und ausbauen, um durch langsames Wachstum des historisch Gegebenen zum wahren Ausdruck der Volksmeinung zu kommen. Im Anfang sind nur einzelne hochstehende Führer entscheidend, die großen Massen folgen dann später nach. Die Landesvertretungen sind tatsächlich legitimiert, präsumptiv eine Entscheidung zu treffen. Eine konstituierende Versammlung auf breiter Grundlage ist einem Referendum vorzuziehen. An diesen Fragen werden jedoch die Verhandlungen nicht scheitern.

Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist ein bereits erschwerendes Novum; wir haben nicht widersprochen, weil unsere Politik offen und ehrlich ist und das Tageslicht verträgt. Die Haltung der Presse war gleichfalls ein erschwerendes Moment. Ich muß diesen Punkt berühren. Ich hoffe, die Presse wird sich ihrer Verantwortung bewußt sein und nicht die Interessen des Reiches gefährden, indem sie uns in den Rücken fällt. **Wir brauchen eine geschlossene Front gegenüber dem Ausland.** Ein Sonderfrieden inmitten eines gewaltigen Koalitionsgebietes bietet Schwierigkeiten, die man früher nicht kannte. Im Westen tobt der Krieg, während wir im Osten verhandeln. Deshalb verknüpfen sich militärische und politische Fragen, und die Oberste Heeresleitung muß an den Verhandlungen beteiligt sein durch einen Vertrauensmann. General Hoffmann hat die Verhandlungen durch seine Kenntnis von Land und Leuten und seine sonstigen Eigenschaften in ausgezeichneter Weise gefördert. Sein Eingreifen erfolgte nur im Einvernehmen mit der politischen Leitung.

Unser Handelsverkehr mit Finnland, mit dem wir in guten Beziehungen stehen, ist wichtig.

An dem **Ernst unseres Friedenswillens** soll niemand zweifeln. Auf das rumänische Problem will ich nicht eingehen, aber nach dem Frieden mit der Ukraine wird auch Rumänien zum Frieden geneigt sein. **Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn** ist der Eckpfeiler unserer Politik. Wir stehen mit Graf Czernin im Einverständnis. Oesterreich war stets loyal und wird es auch bleiben. Ich werde niemals die Hand zu einer Politik bieten, die unser Verhältnis zu unseren Verbündeten lockern könnte. Das Ausland muß den Eindruck gewinnen, daß die Mehrheit des Reichstags hinter der Regierung steht. Die gestrigen Verhandlungen werden diesen Eindruck verstärken.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Einberufung des Reichstags.

Berlin, 25. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute Nachmittag zur Besprechung der Geschäftslage zusammen. Es folgte eine Einigung dahin, daß der Hauptausschuß am Samstag die Beratungen über die Politischen Fragen zu Ende führen, die Vollversammlungen für den 19. Februar einberufen werden und in der Zwischenzeit der Hauptausschuß nach Bedarf zusammentreten soll.

Des Reichskanzlers Antwort an Wilson.

WTB. **Berlin,** 25. Jan. (Nicht amtlich.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt redaktionell: „Des Reichskanzlers Antwort an Wilson". Deutschlands Kriegsziel liegt nach dieser neuen Rede des Kanzlers vor aller Augen. Den Bundesgenossen und dem deutschen Volke mußte nach dem, was in der allerletzten Zeit vorgefallen war, nochmals auseinandergesetzt werden, um was der Kampf, wenn er heute noch nicht enden sollte, gilt, und daß er den Charakter nicht verloren hat, der ihn zum Volkskampf hat werden lassen. Hinsichtlich der Freiheit der Meere und der kolonialen Ansprüche möge sich Wilson an seine eigenen Freunde, die Engländer wenden. Auch die Forderung einer weitgehenden Oeffentlichkeit der Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse sollte nicht an die Mittelmächte, sondern an die nur mit dunkeln Plänen zusammengehaltene Entente gerichtet werden. Dem Reichskanzler ist die Bündnispolitik kein Mittel zum Zweck, sondern der Kernpunkt unserer heutigen Politik. Die Integrität des Gebietes gilt in erster Linie für uns, denen draußen die Schutzgebiete geraubt worden sind und denen ein verbohrter Eigensinn sogar ein Stück aus dem Reichskörper herausschneiden will. Das ganze Volk weist dieses Ansinnen mit Entrüstung und Abscheu zurück. Graf Hertling hat einen klaren Grundriß, wie er sich den Bau des Friedenstempels denkt, entworfen. Volk, Regierung und Heer sind nie einiger und nie mehr aufeinander angewiesen gewesen, als in dieser letzten Zeit der Entscheidung.

Zur Rede Czernins.

WTB. **Wien,** 25. Jan. (Nicht amtlich.) Die Rede des Grafen Czernin im Außenausschuß der österreichischen Delegation wurde wiederholt von Beifall unterbrochen und am Schluß mit lang andauerndem Beifall aufgenommen.

WTB. **Wien,** 24. Jan. (Nicht amtlich.) Der Ausschuß für Aeußeres der österreichischen Delegation eröffnete im Anschluß an die Rede des Grafen Czernin eine Debatte, in der der deutsche Delegierte Waldner erklärte, das ganze deutsche Volk Oesterreichs erwarte, daß an der Unerschütterlichkeit und Unverbrüchlichkeit der Treupflicht jedes Bundesgenossen festgehalten werde. Der polnische Sozialdemokrat Daszinsky hob hervor, die Angriffe der deutschen Annexionisten auf den Grafen Czernin bedeuteten das schönste Lob für die vernünftige Politik des Ministers des Aeußern. Hinsichtlich der Polenfrage betonte der Redner die Notwendigkeit der Wahl eines konstituierenden Landtages in Warschau und verlangte weiter die Zulassung der polnischen Vertreter zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der deutsche Sozialdemokrat Ellenbogen erklärte es für wünschenswert, daß der Minister seine Ansichten bezüglich der Wilsonschen Note durch eine neutrale Macht nach Amerika übermitteln lasse. Der Tscheche Stransky begründete seinen Vertrauensmangel gegen den Grafen Czernin mit dessen Haltung in der Tschechenfrage. Der Südslawe Korosce wünschte, daß alle Verbündeten das Selbstbestimmungsrecht der Völker für Brest-Litowsk anerkennen, wodurch der Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland bei den dortigen Verhandlungen den ersten Schritt zu einem allgemeinen Frieden bilden werde. — Nächste Sitzung morgen.

Die Zensur vor dem Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 23. Jan. In der Nachmittagssitzung des Hauptausschusses teilte Major Grau mit, daß das „Berliner Tageblatt" am Donnerstag wieder erscheinen werde, nachdem die Verhandlungen mit dem Chefredakteur zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Abg. Dr. **Struve** führt aus: Militärbehörden und Zensur sind Gegner der Reichstagsmehrheit. Alle Artikel gegen Tirpitz, den seine Anhänger durchaus als Reichskanzler sehen wollen, wurden unterdrückt, alle Angriffe gegen höchste Personen werden durchgelassen. Die Führer und jeder Angehörige der Reichstagsmehrheit werden beschimpft. Das Sprengen der Versammlungen, in denen solche Beschimpfungen laut werden, mißbilligen wir, aber wir verlangen gleichmäßige Behandlung. Der Kriegsminister muß logischerweise das Zensurverbot aufheben, etwas gegen die bekannten Auslassungen des Grafen Bothmer in Würzburg und ähnliche Dinge zu schreiben. Die Zensur streiche alles, was der Marinebefehlshaber nicht haben wolle. Man sagt, es dürfen keine falschen Hoffnungen im Lande erweckt werden, und doch habe das niemand mehr getan als die Marineverwaltung.

Weiter spricht

Abg. **Heine** (Soz.):

Angeblich ist das Verbot der „Zukunft" aufgehoben worden, nachdem Harden Besserung gelobt hatte. Die Erklärung Hardens klingt in Wahrheit ganz anders. Die Unterredung erfolgte einem Vorwand und man hat häufig den Eindruck, daß die wahren Gründe uns nicht mitgeteilt werden. Pazifistische Schriften, die keine Propaganda treiben, sind neuerdings freigegeben worden. Welche Schriften treiben denn keine Propaganda? Derartige Einschränkungen heben das scheinbare Entgegenkommen wieder auf. Die Heidelberger Studenten, von denen neulich die Rede war, wurde mit Gefängnis bedroht, wenn sie über die ihnen gegenüber ergriffenen Maßnahmen auch nur sprächen. Major Guido Gillhausen hier in Berlin zwingt die Rekruten, seine Gedichte auswendig zu lernen. Die Zensur apportiert alles, was gewisse Zeitungen verlangen, deshalb wurde ein Vortrag des Professors Förster im Beirat für schulentlassene Waisen verboten. Was den Antrag des Unterausschusses anbelangt, so kann natürlich auch einmal ein Reichskanzler militärische Diktatur ausüben, aber er ist und bleibt doch dem Reichstag verantwortlich. Wenn man sich über unser Mißtrauen und die Schärfe des Tons beklagt, so können wir nur sagen, wir haben kein Vertrauen und können keins haben. Das Interesse der Kriegführung müßte veranlassen, die bestehende Zensurwirtschaft abzustellen.

Major **Grau** teilte mit, welche pazifistische Literatur freigegeben ist, voraussichtlich würden weitere Freigaben folgen. Ferner sprach er über eine Reihe von Einzelbeschwerden. Das Verbot des Försterschen Buches sei nicht wegen des Artikels über die Bethmannsche Politik erfolgt.

Abg. **Gothein** (F. V.): Der Gedanke des Admirals Hebbingtaus, daß jedes Lob des Feindes bedenklich sei, ist abwägig. Der Redner begründet seinen Antrag (Reichskanzler als Beschwerdeinstanz). Das Volk weiß, daß es sich um einen Kampf handelt zwischen den militärischen Stellen einerseits und der politischen Leitung andererseits. Oberst v. Wriesberg hat meinen Antrag für unannehmbar erklärt. Wie kann er die Entscheidung des Bundesrats vorwegnehmen. Es scheint, als ob das Militär seinen Willen den gesetzgebenden Körperschaften aufdrängen wolle.

Staatssekretär **Wallraf:** Eine Absicht, dem Bundesrat vorzugreifen, hat dem Kriegsminister und Herrn v. Wriesberg ferngelegen. Die Anträge der unabhängigen Sozialdemokraten auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Beseitigung des Schutzhaftgesetzes werden voraussichtlich abgelehnt werden. Gegen den gestrigen Gesetzentwurf des Unterausschusses erheben sich mancherlei Bedenken. Der Grundgedanke des Belagerungszustandsgesetzes ist, daß die Befugnisse der Zivilbehörden an die Militärbehörden übergehen. Jetzt soll der Reichskanzler eingeschoben werden. Seine oder des Vizekanzlers Arbeitslast wird dadurch ungeheuer vermehrt. Wie steht es dann mit der Verantwortlichkeit? Was soll der Reichskanzler tun? Soll er die von den Militärbehörden aufgestellten Richtlinien kritisieren, abändern oder was sonst? Ich halte diesen Weg für ungangbar.

Abg. Frhr. **v. Rechenberg** (Zentr.): Der Beschwerdeinstanz wird mit Recht oder doch mit einem Anschein des Rechts der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Wir haben noch keine Erklärung, daß Offiziere aus der Vaterlandspartei auszutreten haben. Wir haben offenbar keine einheitliche politische Leitung, und doch brauchen wir sie ebenso gut wie die militärische.

Abg. **Rebbel** (Kons.) stimmt dem Staatssekretär zu. Die Zensur muß in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben. Wir werden für den gestrigen Antrag des Unterausschusses entgegen dem heutigen stimmen. Die Kritik an der Zensur war sehr scharf, aber ungerecht. Von Mißbrauch sollte man doch nicht reden. Persönliche Vorwürfe verdient der Kriegsminister nicht.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.): Es ist besser, man redet ausgiebig über diese Dinge im Plenum. Die Zensur hat den Bericht über die gestrige Sitzung des Hauptausschusses, der im „Unabhängigen Zeitungsdienst" erscheinen sollte, verboten. Das ist geschehen wegen eines Satzes in der Rede des Abgeordneten Ebert. Beschwerden nützen nichts. Man muß sie in breiter Oeffentlichkeit erörtern.

Major **Grau:** Der Tatbestand ist richtig. Warum der ganze Bericht verboten ist, weiß ich nicht.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Wir können nicht dulden, daß wahrheitsgemäße Berichte aus dem Hauptausschuß verboten werden. Das ist eine Verletzung der Verfassung.

Abg. **Scheidemann** (Soz.) tritt dem bei. Ein solches Verbot setzt allem die Krone auf.

Abg. **Ebert** (Soz.) bestätigt, daß der Bericht seine Ausführungen zutreffend wiedergegeben habe.

Darauf wird der Antrag Cohn (Unabh. Soz.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Von dem Antrag des Unterausschusses wird der Gesetzentwurf, nach dem eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle errichtet werden soll, abgelehnt. Der zweite Teil des Antrages, der Richtlinien für die Handhabe der Zensur enthält, wird zurückgezogen. Angenommen wird der vom Unterausschuß vorgelegte Gesetzentwurf auf Errichtung einer militärischen Zentralinstanz als Aufsichtsstelle für Anordnungen der Militärbefehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen und auf Einsetzung des Reichskanzlers als Aufsichts- und und Beschwerdestelle für die Handhabe der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts. Angenommen wird gleichfalls ein Antrag Cohn (Unabh. Soz.) auf baldige Vorlegung einer Novelle zum Schutzhaftgesetz, die nach Aussage des Staatssekretärs Wallraf bereits in Ausarbeitung begriffen ist.

Abg. **Hoch** (Soz.): In einer Petition wird Klage geführt, daß im Bereich des 6. Armeekorps alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen, verboten sind. Der Redner schlägt eine Resolution vor, nach der Werkstätten- und Belegschaftsversammlungen keinerlei Anmeldung bedürfen.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob im Anschluß an eine Petition eine Entschließung gefaßt werden kann. Nachdem Oberst v. Wriesberg versichert hatte, daß die Sache wohlwollend geprüft werde, wird die Entschließung zurückgezogen und die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. (Frankf. Ztg.)

Aus der Partei.

Eine Einberufung.

Gen. Erich Kuttner, Redakteur am „Vorwärts", hat seine Einberufung zum Heeresdienst erhalten. Dem Genossen Kuttner wurde vor einiger Zeit verboten, seine Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes der Kriegsbeschädigten fortzusetzen. Kuttner ist bekanntlich als Kriegsteilnehmer schwer verwundet worden, so daß er für den Kriegsdienst nicht in Betracht kommen und seine Einberufung aus militärischen Gründen schwer zu rechtfertigen sein dürfte.

Verleumder an der Arbeit.

Gen. Kuttner bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung: Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht unter dem Titel „Seltsame Führer" einen Artikel, der sich mit seiner Person beschäftigt und eine Häufung von Beleidigungen und unwahren Behauptungen darstellt. Da die Widerlegung der einzelnen Punkte einen langen Artikel erfordern würde, beschränke ich mich hier auf die Mitteilung, daß ich gegen die „Deutsche Zeitung" den Klageweg beschreiten werde.

Ausland.

Stockholm, 25. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Svenska Telegramm Byran. Der Minister des Aeußern Hellmer hielt in der Zweiten Kammer eine Rede, worin er anläßlich einiger Aeußerungen Lindmans über die **Richtlinien der äußeren Politik** versicherte, daß die Regierung sowohl die Selbständigkeit und Un-

Die Brüder.

Bei Beaulencourt saß er, hinter einer zerschossenen Mauer in eine Ecke gedrückt, nahe der Straße, und beobachtete die Fernsprechleitung, die er flicken mußte, so oft sie abgeschossen wurde. Erde und Himmel bebten vom englischen Trommelfeuer, das auf den nahen Stellungen lag. Heiße Sonne brannte. Staub wehte von der zerschossenen Straße. Auf den Trümmern des Dorfes klapperten die Schrapnellkugeln. Warum und für wenn das alles?

Kolonnen Infanterie zogen vorbei, aus der Stellung, in die Stellung. Krankenträger, Essenholer. Wieder kamen einige Infanteristen. Zwei Offiziere waren dabei. Er schaute hin. Da winkte einer von den Leuten ihm zu. Er winkte wieder. Der dumme Tropf, was will der? Der winkte wieder, und dann rief er ihn beim Namen, und dann ging er auf ihn zu. Schatten des Stahlhelms, Staub und Schmutz machten ihn unkenntlich. Der streckte ihm die Hand hin: „Joseph!" Es war sein Bruder.

Sie hatten sich lange Jahre nicht mehr gesehen, weil er fort von Hause in einer fremden Stadt in einer Fabrik gearbeitet hatte. Sie standen nebeneinander, hatten rote, lachende verlegene Gesichter und schauten sich von oben bis unten an. Der Trupp Infanteristen rastete im Schutz eines Hausgiebels. Die Brüder sagten nichts, lachten nur wie Kinder. Es war ein Höllenlärm, und das Dorf wurde beschossen. Der ältere streichelte dem Infanteristen immer wieder die Backen mit seiner schmutzigen, rauhen Hand. Wie kleine Kinder. Eine selige Freude war in ihnen. Sie achteten nicht auf die tobende Schlacht. Der wahnsinnige Teufel des Krieges tobte über die Landschaft.

Die Offiziere schauten den beiden zu. Die Mannschaften lagen stumpf wie müde Tiere am Boden. Einer von den Offizieren hatte einen kleinen Apparat: „Geht her, ihr zwei, ich nehme euch auf, dann schicke ich das Bild eurer Mutter". Sie sahen sich an und lachten und stellten sich nebeneinander. Der Leutnant knipste, dann stellten sie sich anders, der Leutnant knipste wieder. Dann stellten sie sich wieder anders, der Leutnant knipste wieder. Granaten heulten, die Erde bebte, die Sonne brannte, der Tod wütete; zwei Brüder hatten sich gefunden. Der Leutnant machte viele Bilder. Es machte ihm Freude, die beiden in ihrem Glücke zu sehen.

Dann mußten die Infanteristen aufbrechen. Die Brüder nahmen Abschied. In Bapaume wollten sie sich abends wieder treffen.

Als der eine gegen Abend von seinem Leitungsposten in Beaulencourt abgelöst wurde, eilte er die Allee nach Bapaume hin, zu seinem Bruder. Früher hatten sie immer zusammen gerauft wie junge Hunde. Heute hatte er seinen Bruder in der tobenden Schlacht als ein Stück Heimat gefunden, als einen Teil seiner Mutter. Er wollte ihm alles mögliche Gute tun, um seine früheren Raufereien gutzumachen.

Als er an den ersten Häusern vor Bapaume vorbeikam, rief ihm aus einer Tür einer nach: „Fernsprecher! Fernsprecher! suchst Dein Bruder? Den findst nimmer! Dort hats ihn derwischt, a Schrapnell!"

Er fand ihn in einer Scheune und hat ihm in seiner Ruhezeit das Grab gegraben. Am nächsten Morgen saß er wieder in Beaulencourt in seiner Ecke und achtete auf das Telegraphenkabel. Und dazwischen malte er mit seiner ungelenken Hand an einem Briefe:

„Liebe Mutter! Indem ich Dir heute schreibe, sage ich Dir, daß mein Befinden ein gutes ist. Ich habe gestern den Joseph getroffen und soll Dich von ihm vielmals grüßen. Sein Leutnant hat viele Photographien von uns beiden zusammen gemacht. Nachher hab ich ihn begraben, weil er den Heldentod in Bapaume gestorben ist. Die Bilder schickt Dir der Herr Leutnant, hat er mir gestern gesagt. Indem ich Dich vielmals grüße und tröste wegen dem Joseph seinem Heldentod, bin ich Dein dankbarer Sohn . . ."

Er brauchte lange Zeit für den kurzen Brief. Und manchmal mußte er mit dem Handrücken über die Augen streichen. . .

W. C. Mayon.

Unterhaltung und Belehrung

Der verschwundene Tesla-Turm. Ueber zwei Jahrzehnte sind vergangen, seit der Erfinder Nikolaus Tesla in Shoreham (Vereinigte Staaten) einen rätselhaften Turm errichtete, der die Neugier aller Amerikaner anstachelte: es war ein Stahlbauwerk von 56 Meter Höhe, das die Form eines Kegelstumpfs hatte, auf dem eine Halbkugel saß. Man wußte, daß zu dem Turm auch ein 30 Meter tiefer Schacht gehörte, es war bekannt, daß Tesla dafür beinahe eine Million ausgegeben hatte, was aber der Turm bezwecken sollte, wußte niemand. Tesla machte ab und zu Versuche daran, die mit drahtloser Telegraphie zu tun hatten, allein von den üblichen Versuchen der Funkentelegraphie erheblich abwichen; während bei der Wellentelegraphie die Empfänger nur ganz geringe elektrische Kräfte aufnehmen, arbeitete Tesla mit riesigen elektrischen Energiemengen. Seit kurzem besteht der Tesla-Turm nun nicht mehr. Er ist durch eine Sprengung zerstört, die ganze Kappe ist heruntergefallen und von dem tragenden Stahlgerüst ist nur noch ein schief stehender Stumpf vorhanden. Diese Vernichtung des Tesla-Turmes ist ein Werk der amerikanischen Regierung. Als die Amerikaner den Kriegszustand zwischen ihnen und den Mittelmächten feststellten, besannen sie sich darauf, daß Tesla aus Kroatien stammt, also ein feindlicher Ausländer ist. Von diesem Augenblick an war es allen einsichtigen Amerikanern klar, daß Tesla vor über zwei Jahrzehnten seinen Turm gebaut haben mußte, um zur Zeit des Weltkrieges für die Deutschen — Spionage zu betreiben und ihnen von seinem Turm aus Botschaft zuzusenden. Selbstverständlich wurden auch nach der Kriegserklärung fragwürdige Gestalten an dem Turm beobachtet, und so entschloß man sich zu seiner Zerstörung.

Theater und Musik.

Aus der Mannheimer Kunsthalle. Vor kurzem wurde in der städtischen Kunsthalle zu Mannheim eine größere Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und graphischen Blättern eröffnet, die den Titel hat: „neue religiöse Kunst". Durch diese Ausstellung soll die Frage gestellt werden, ob wir von der jungen, in gewissem Sinne idealistischen deutschen Kunstrichtung, die sich sichtlich vom Naturalismus des 19. Jahrhunderts abwendet, eine Erneuerung der christlich-religiösen, vielleicht sogar der eigentlich kirchlichen Malerei erwarten dürfen. Ein Katalog, dessen Vorwort den Ausstellungsgedanken näher erläutert, ist erschienen und zum Preise von 50 Pf. käuflich.

abhängigkeit des Landes als auch die Neutralität aufrechtzuerhalten beabsichtige. Hinsichtlich ihrer Handelspolitik bezwecke die Regierung die Beibehaltung der Handelsbeziehungen mit beiden kriegführenden Gruppen. Der Minister erklärte weiter, die Regierung müsse in jeder Lage in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit dem Reichstag so handeln, wie es mit dem Wohl des Landes und Volkes am besten zu vereinbaren sei.

Stockholm, 23. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Während der heutigen Reichstagsdebatte zur Ueberweisung des Budgets an die Kommissionen besprach der Abg. Tryges, der Führer der Rechten in der ersten Kammer, in ausführlicher Rede die finnische und die Aalandfrage. Die Selbständigkeit Finnlands werde sicherlich eine für Schweden zufriedenstellende Lösung der Aalandfrage erleichtern. Mit großer Dankbarkeit erfuhren wir, fuhr der Redner fort, daß der deutsche Staatssekretär des Aeußern in Brest-Litowsk die Aalandfrage aufgenommen und den Wunsch einer Einladung Schwedens zu den Verhandlungen ausgesprochen hat.

Deutsches Reich.

Politische Betätigung der Beamten.

Die 24. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat die Anträge über politische Betätigung der Beamten beraten, sie empfiehlt die Annahme der Anträge in folgender Fassung:

Die Regierung zu ersuchen, vorbehaltlich einer baldtunlichsten gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung zu erlassen, durch die das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, jedoch untersagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Die „Kreuzzeitung" verboten. Die „Kreuzzeitung" ist lt. „Frankf. Ztg." für drei Tage verboten. Wie die „Vossische Zeitung" hört, ist der Grund des Verbots in den maßlosen Angriffen zu suchen, die die „Kreuzzeitung" gegen den Abg. Scheidemann und Ebert gerichtet hat; sie verlangte, daß sie auf den Sandhaufen gestellt werden mußten.

Baden.

Die Zweite Kammer

kommt mit der Erledigung ihrer Arbeiten nur langsam vorwärts. Wenn die Verhandlungen sich in diesem Tempo weiterschleppen, dann werden sie sich bis weit in den Sommer hinein ausdehnen und schließlich werden wichtige Fragen wieder über das Knie abgebrochen werden. Schuld an diesem das Ansehen und die Bedeutung des Parlaments schädigenden Zustand trägt die Auffassung, als ob jeder Abgeordnete quasi die Pflicht habe, in jeder Session ein bestimmtes Quantum Reden zu halten. Die Fraktionsführer sind gegen dieses Redebedürfnis ziemlich machtlos. So erlebten wir es jetzt bei der Schuldebatte, daß trotz eines Beschlusses des Seniorenkonvents, keine allgemeine Debatte stattfinden zu lassen, doch eine solche erfolgte, bei der nicht weniger als 21 Redner sich zum Worte meldeten. Dazu kommt noch die Spezialdebatte. Wenn die übrigen Budgets ebenso behandelt werden, dann wird die Erledigung des Gesamtbudgets Monate in Anspruch nehmen.

Nun sind aber noch eine große Anzahl wichtiger Initiativ- und andere Anträge, Gesetzentwürfe, Interpellationen, Petitionen usw. zu erledigen. Das Volk wünscht mit Recht, daß der Landtag nicht nur der Regierung das Geld, dessen diese benötigt, bewilligt, sondern auch noch andere wichtige Fragen, insbesondere solche der Volksrechte einer befriedigenden Lösung entgegenführt. Unter der Art der Behandlung des Budgets — eines Kriegsbudgets — leiden alle übrigen wichtigen Fragen.

Dazu kommt, daß auch seitens der Regierung, insbesondere des Staatsministers, die Arbeiten des Landtags unnötig verzögert werden. Herr v. Bodman hat dem Landtag wieder eine über alles Maß umfangreiche Denkschrift — die dritte — über die Kriegsmaßnahmen der Regierung vorgelegt. Es wäre auch ohne diese Denkschrift gegangen, die nicht nur die Kräfte der Regierung unnötig verzehrt, sondern auch die des Landtags. Eine ausführliche mündliche Darlegung hätte dem Zwecke vollständig genügt, denn durch rückschauende Betrachtungen und Verhandlungen wird an den Tatsachen selbst nichts mehr geändert werden. Dazu kommt, daß Herr von Bodman meint, er müsse persönlich bei allen sein Ressort betreffenden Angelegenheiten anwesend sein. Dadurch werden die Kommissionsverhandlungen ebenfalls verzögert. Bei einer ganzen Reihe minder wichtiger Dinge genügt die Vertretung durch einen Regierungskommissär.

Item, weder das Parlament noch der Parlamentarismus gewinnt durch diese Art der Verhandlungen, zumal in einer Zeit wie der jetzigen. Wie soll, wenn dieses System beibehalten wird, es erst werden, wenn nach dem Kriege die großen Fragen zur Verhandlung kommen? Die Vielrederei ist der Tod des Parlamentarismus, zumal für die kleinen Parlamente. Wie wenn der Reichstag das Reichsbudget ebenso behandeln würde? Er müßte in Permanenz tagen und würde trotzdem nicht damit fertig werden.

Es ist wirklich an der Zeit, daß die Vertretung des badischen Volkes sich auf die Selbstdisziplin besinnt und Maßnahmen trifft, die es möglich machen, die Arbeiten des Landtags in einem etwas schnelleren Tempo zu erledigen. Die Gründlichkeit der Erledigung braucht dadurch keinen Schaden zu leiden.

w. **Durlach**, 25. Jan. Wie andere städtische Kommunalverbände sah sich auch der hiesige Kommunalverband genötigt, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung verschiedener Lebensbedürfnisse sicher zu stellen, schon vor längerer Zeit den Kundenzwang einzuführen. In letzter Zeit mehren sich nun die Anträge von Leuten, die glauben, wegen ganz geringfügigen Anlässen, auch persönlicher Art, von dem einen Kaufmann auf einen andern überschrieben werden zu können. Der Ausschuß des Kommunalverbandes hat nun beschlossen, daß derartigen Anträgen nur dann stattgegeben werden soll, wenn solche mit einwandfreien und triftigen Gründen belegt sind, auch soll wenn notwendig der betreffende Kaufmann gehört werden, von dem der Kunde abgeschrieben sein will. Zur Frage der zeitweise in die Erscheinung tretenden Gemüseknappheit auf dem hiesigen Wochenmarkt und um derselben entgegenzuwirken, hat die Stadtverwaltung beschlossen, eine von Allmendsgenußberechtigten gepachtete größere Fläche Landes in Anbau zu nehmen. Außerdem sollen noch mit Landwirten und Gutspächtern Verträge wegen Lieferung von Gemüse abgeschlossen werden bezw. bestehen bleiben, so daß einer Kalamität an Gemüse in der Hauptsache gesteuert sein dürfte. Bezüglich der schlechten Erfahrung, die man im letzten Frühjahr bei der Beschaffung von Saatkartoffeln durch die Landwirtschaftskammer gemacht hat (dieselben waren von einer Saatgutstelle in Norddeutschland durch die Landwirtschaftskammer bezogen, und von ganz minderwertiger Beschaffenheit) hat die Stadtverwaltung für dieses Jahr 1600 Zentner schöne auserlesene Saatkartoffeln der besten, ertragreichsten Sorten eingelegt, und wird sie zur richtigen Zeit zur Verteilung bringen.

Offenburg, 25. Jan. Der 23jährige Taglöhner Georg Ebs aus Straßburg, der 22jährige Fabrikarbeiter Michael Körner aus Kork und der 17jährige Fabrikarbeiter Karl Huck aus Kork stiegen am 10. November in das Jagdhaus des Fabrikanten Ernst Kieffer aus Straßburg im Korker Walde ein. Sie stahlen dort Möbel, Silberwaren, Wäsche Eßwaren und was sie sonst vorfanden im Gesamtwerte von 6000 Mk. und führten es in einem mit Pferden bespannten Wagen davon nach Straßburg in die Wohnung des Ebs. Von da aus sollten die Sachen verkauft werden. Die hiesige Strafkammer verurteilte Ebs zu 1 Jahre sechs Monaten, Körner zu 1 Jahr Gefängnis und Huck zu 3 Monaten Gefängnis.

Plankstedt bei Schwetzingen, 26. Jan. Der 13jährige Volksschüler Georg Tropf spielte mit dem Zünder einer Handgranate, die er auf dem Exerzierplatz gefunden hatte. Die Granate explodierte und riß dem Knaben drei Finger weg und verletzte ihn im Gesicht.

Mannheim, 26. Jan. Das 3½jährige Töchterchen einer hiesigen Familie stürzte in der Küche in einen Topf mit heißem Wasser und erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb. — Auf dem Zweibrücker Bahnhof wurde ein Rangierer und auf dem Bahnhof Neunkirchen eine 20jährige Bremserin bei der Ausübung ihres Dienstes getötet.

Mannheim, 25. Jan. Das Vermögen der Stadt Mannheim wird in dem Rechenschaftsbericht für 1915 nach Abzug von Schulden im Betrage von 106 Millionen auf 55 281 720 Mk. berechnet.

Mannheim, 26. Jan. Wegen Diebstahls von etwa 200 Stück Säcken wurden der Taglöhner Franz Ries von der Strafkammer zu 2 Jahren Zuchthaus und der Taglöhner Franz Betzga zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Taglöhner Eugen Schmitt aus Zweibrücken, der kaum aus dem Zuchthaus entlassen, schon wieder stahl, erhielt 1½ Jahre Zuchthaus.

Heidelberg, 25. Jan. Ein Privatmann in der Hauptstraße, der schon längere Zeit leidend ist, beging Selbstmord, indem er sich die Pulsadern öffnete.

Freiburg i. Br., 25. Jan. (Priv.-Tel.) In der Wenzingerstraße 68 im Stadtteile Stühlinger wurde am vergangenen Dienstag abend die Ehefrau des Bahnarbeiters Kolb ermordet aufgefunden. Bewohner des Hauses haben am Nachmittag aus der Kolbschen Wohnung einige gellende Schreie gehört. Am gleichen Nachmittag wurde vor der Abschlußtür ein Mann gesehen, auf den jetzt gefahndet wird.

Singen am Hohentwiel, 26. Jan. Bei der Räumung eines Eisenabfallhaufens in der Fittingsfabrik wurden der 37jährige Arbeiter Ernst Meyer aus Achern und der 47jährige Arbeiter Fr. Specker aus Malsch, Vater von sechs Kindern, von herabstürzenden Metallmassen verschüttet und getötet.

Berufsberatung der Schüler. Das bad. Unterrichtsministerium hat auch jetzt wieder alle Lehrer und Lehrerinnen darauf aufmerksam gemacht, die abgehenden Schüler und Schülerinnen in der Berufswahl aufzuklären. Dabei sollen die Lehrkräfte ein besonderes Augenmerk darauf haben, daß in allen Berufsarten, insbesondere aber in Gewerbe und Handwerk die Zuführung eines geeigneten jugendlichen Nachwuchses infolge der durch den Krieg bedingten Verhältnisse zur dringenden Notwendigkeit wird. Außerdem sollte eine Vermehrung der Zahl der ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen möglichst vermieden werden.

Die Kriegsfragen der Krankenversicherung stehen zur Zt. wieder im Vordergrund der Aufgaben der Deutschen Sozialversicherung und es hat der Vorort der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen — Verband Karlsruher Ortskrankenkassen — dieserhalb seine Anschlußkassen zu einer weiteren Kriegstagung auf Sonntag den 27 Januar mittags 12 Uhr in den Friedrichshof nach Karlsruhe eingeladen. Die Versammlung wird sich mit den verschiedenen Aufschlägen, wie sie von den Aerzten, Krankenhäusern, Apotheken, vorgenommen worden sind zu befassen haben und soll Mittel und Wege suchen, die künftige Entwicklung der Krankenversicherung nicht zu hemmen, vielmehr gerade im Hinblick auf die durch die Kriegsbeschädigten bedingte Mehrbelastung ein förderliches Gedeihen dieses Zweiges der Sozalversicherung auch ferner sicher zu stellen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 15. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 25. Januar.

Die Eröffnung der von Abg. Dr. **Zehnter** geleiteten Sitzung verzögert sich durch eine vorangegangene Sitzung des Ausschusses der Vertrauensmänner bis ¾10 Uhr. Die Aussprache über den

Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

wird bei Titel „Volksschule" fortgesetzt.

Abg. **Wiedemann** (Zentr.) rühmt die Beteiligung der Schule an den Kriegsanleihen; bei der letzten siebten, wurden von den badischen Schulen 3½ Millionen Mk. gezeichnet. Der Weg zur Volksaufklärung führt durch die Schule und Kirche. In künftigen Zeiten wird man besonders den Sparsinn zu pflegen haben. Die durch den Krieg in die Lehrerschaft gerissenen Lücken werden nicht so leicht wieder zu schließen sein, da auch viele Seminaristen den Heldentod gefunden haben. Ueber 500 badische Lehrer sind auf dem Felde der Ehre geblieben. Der Geburtenrückgang ist ein sehr ernstes Kapitel, er wird durch den Krieg nicht gemindert. Der Redner bespricht verschiedene technische Schulfragen und wendet sich dabei gegen die ungeteilte Unterrichtszeit, die für die kleinen Schulkinder ganz unausführbar sei. Die Errichtung eines pädagogischen Lehrstuhls an einer Hochschule wird auch von den Lehrern begrüßt. Die Pflege der Bürgerkunde soll derart betrieben werden, daß die Kinder zu deutschen Staatsbürgern erzogen werden. Nach dem Beispiel des Pforzheimer Lehrers darf man allerdings nicht handeln; man soll die Kinder nicht zur politischen Naseweisheit erziehen.

Abg. **Stockinger** (Soz.): Die Verwüstungen, die der Krieg hervorgerufen hat, sind am schlimmsten in den Volksschulen. Bei dem Aufstieg der Begabten von der Volksschule zu einer höheren Schule muß eine anderer Geist zutage treten, als bisher. Auch in die **Kunstgewerbeschulen** sollte man begabte Kinder aus ärmeren Volksschichten schicken. Mit Stipendien und Schulgeldbefreiungen kann man nicht alles machen. Der Staat muß sich auch mit der Errichtung von **Internaten** befassen für begabte Schüler wenig bemittelter Familien.

Abg. **Kramer** Soz.) bespricht die Stellung der **Freireligiösen** in der Schule, die sich oft eine Behandlung als Schüler 2. Klasse gefallen lassen müssen. Redner fordert die Anerkennung des freireligiösen Unterrichts in den Schulen. Bei einer Neuorientierung muß den Forderungen der Freireligiösen Rechnung getragen werden.

Abg. **Röckel** (Zentr.) bittet die von der ländlichen Bevölkerung einlaufenden Wünschen um Schülerurlaub wohlwollend zu prüfen.

Minister Dr. **Hübsch** antwortete auf verschiedene vorgelegte Wünsche und Fragen. Das Zigarettenrauchen der Jugend ist eine große und mit Recht gerügte Unsitte. Das viele Zigarettenrauchen rührt von dem leichten und großen Verdienst her. Würde man zu Zwangsmaßnahmen greifen, wäre wohl eine Besserung zu erzielen. Was den freireligiösen Unterricht anbelangt, so ist man den Freireligiösen sehr entgegengekommen, auf jeden Fall in weitgehenderem Maße als dafür eine gesetzliche Verpflichtung gegeben ist. Der Freireligiösen Gemeinschaften in Mannheim haben wir übrigens erklärt, daß der jetzige Zustand bestehen bleibt, so lange der freireligiöse Prediger dort wirkt. Die Korporationsrechte wie sie die Mannheimer Freireligiösen besitzen, sind den anderen freireligiösen Gemeinschaften in Heidelberg und Pforzheim nicht erteilt worden.

Abg. **Kurz** (Soz.) bespricht die Besetzung der Hauptlehrerstellen unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinde Grötzingen. Das Unterreichtsministerium wird nach dem Kriege alles einsetzen müssen, um unter die Fortbildungsschüler Disziplin zu bringen und sie schließlich doch zu ordentlichen Menschen zu erziehen.

Abg. **Röckel** (Zentr.) äußert sich über die Nichtverwendung einer katholischen Haushaltungslehrerin am Haushaltungsseminar in Karlsruhe. Nach einer kurzen Aeußerung ges Abg. **Wiedemann** (Zentr.) über Gehaltswünsche aus Lehrerkreisen bemerkt Minister Dr. **Hübsch**, daß er den badischen Frauenverein dagegen in Schutz nehmen müsse, als habe dieser bei der Besetzung der Haushaltungslehrerinnenstelle absichtlich eine katholische Lehrerin übergangen.

Abg. **Röckel** (Zentr.) bittet die Regirung der Anstalt Herten ihr volles Wohlwollen schenken zu wolln.

Damit ist die Beratung über den Voranschlag des Kultus und des Unterrichts beendet.

In einem Schlußwort stellt Abg. Dr. **Blum** (natl.) fest, daß gegen den Bericht der Budgetkommission von keiner Seite Einwendungen erhoben worden seien und volle Uebereinstimmung darüber herrsche, den Aufbau des Schulwesens alsbald nach dem Kriege mit allen Kräften aufzunehmen unter Weckung der religiösen und sittlichen Kräfte und mit arbeitsfreudigen Erziehern.

Danach wird der Voranschlag dieses Ministeriums dem Antrag der Budgetkommission gemäß einstimmig angenommen.

Das Haus tritt ein in die Beratung des

Voranschlags des Ministeriums des Gr. Hauses, der Justiz und der Verwaltung.

Am Regierungstisch: Minister Dr. Düringer und Regierungskommissäre.

Namens der Budgetkommission berichtet Abg. **Kopf** (Zentr.) über das betr. Ministerium. Im ordentlichen Etat beziffern sich die Ausgaben auf jährlich 12,2 Millionen, die Einnahmen auf jährlich 1,5 Millionen. Im außerordentlichen Etat betragen die Ausgaben für Rechtspflege 80 600 Mk. und die Ausgaben auf Strafanstalten 15 280 Mk. Bei den mittleren Beamten ist die Vermehrung der etatmäßigen Stellen am weitesten vorgeschritten; es liegt uns nun von den mittleren Beamten darüber eine Petition vor. Nach dem, was aber aus dem Voranschlag hervorgeht, kann man heute schon sagen, daß diese Petition erledigt ist und zwar zugunsten der mittleren Beamten. Von unseren sämtlichen badischen Gemeinden haben jetzt 99 Prozent das neue Grundbuchrecht. Ueber Ordensverleihungen an Mannschaften in nicht badischen Truppen wurde Klage geführt. Ich habe mich davon überzeugt, daß ein genaues Verzeichnis über die badischen unter der Fahne stehenden und in außerbadischen Regimentern untergebrachten Landeskinder geführt wird. Bis Weihnachten 1917 waren 100 000 badische militärische Auszeichnungen verliehen worden, sodaß jeder fünfte Mann jetzt eine badische Auszeichnung besitzt. Ein unerträglicher Zustand ist es, daß jeder schriftiche Verkehr mit den Berliner Kriegsgesellschaften zwecklos ist und nur der etwas erreicht, der persönlich nach Berlin fährt und dort vorspricht. Wegen Vergehen gegen kriegswirtschaftliche Verordnungen auf dem Gebiet der Volksernährung wurden bis jetzt in Baden über 29 000 Strafen ausgesprochen. Die Zahl der Häftlinge in sämtlichen badischen Strafanstalten betrug am 1. Dezember 1913 insgesamt 1472 und am 1. Dezember 1917 insgesamt 1003. Diese Zahl ist somit um 469 zurückgegangen, während die Zahl der jugendlichen Häftlinge sich um mehr als ein Drittel vermehrt hat. Die Löschung langst zurückliegender Strafen wurde in dere Budgetkommission angeregt. Der Redner beschäftigt sich im folgenden sehr eingehend mit Fragen des Grundbuches und erörtert hierbei Vorschläge über eine Vereinfachung der Grundbuchführung.

Um ¼4 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf kommenden Dienstag, 29. Januar, nachmittags ¼4 Uhr vertagt.

*

Aus der Kommission für Justiz und Verwaltung.

Die Justizkommission hielt gestern nachmittag abermals eine Sitzung ab und beschäftigte sich dabei mit den Anträgen der Zentrumsfraktion, der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Rechtsstehenden Vereinigung betr. die Geschäftsführung der Kommunalverbände. Verlangt wird in den Anträgen eine öffentliche Rechnungsfertigung, die der Kontrolle untersteht, ferner daß Mittelansammlungen zu vermeiden sind und wo solche vorkommen, die Ersparungen und Einnahmen im Interesse der Volksernährung verwendet werden. Weiterhin wird eine Prüfung verlangt, ob die Kommunalverbandsausschüsse ordnungsgemäß zusammengesetzt sind. In den Anträgen ist dann des ferneren der Wunsch enthalten, Stellen zu schaffen, bei welchen Aufklärung zu erhalten ist und Beschwerden angebracht werden können. Der Zentrumsantrag und der erste Teil des Antrages der Fortschrittlichen Volkspartei über die Geschäftsführung und Zusammensetzung der Kommunalverbände werden angenommen. Der 2. Teil des Fortschrittlichen Antrages betr. Schaffung von Stellen, bei denen die Bevölkerung über alle die Tätigkeit des Kommunalverbandes angehenden Fragen Aufklärung erhalten und Beschwerden anbringen kann, wird der Regierung als Material überwiesen. Der Antrag der R. Vg. wird als erlediot erkärt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Entschädigungsfrage bei Feierschichten in den Munitionsfabriken.

* Karlsruhe, 25. Jan.

Das Verhalten der Direktion der Karlsruher Waffen- und Munitionsfabriken in der Frage der Entschädigung für das wochenlange unfreiwillige Aussetzen nötigte die Arbeiterschaft nochmals, sich in einer Versammlung mit diesem Verhalten auseinanderzusetzen und über die weiteren nötigen Schritte zu beraten. Wiederum, wie in der letzten Versammlung am 9. Januar, war der große Saal des Kolosseums bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Wie wir seinerzeit berichteten, hatte die Leitung der Munitionsfabriken die Zahlung einer Entschädigung für das unfreiwillige Aussetzen abgelehnt. Die Organisationsleitungen und der Arbeiterausschuß wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung beauftragt, alle zur Verfügung stehenden gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Arbeitern zu ihrem vom Schlichtungsausschuß anerkannten Recht zu verhelfen. In der heutigen Versammlung berichtete nun der Leiter des Bezirks Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stadtrat Sauer, über die weiter in der Angelegenheit unternommenen Schritte. Stadtrat Sauer wies darauf hin, daß infolge der günstiger gewordenen Witterung es möglich gewesen war, Kohlen herbeizuschaffen, daß nun aber wiederum Arbeitseinschränkungen vorgenommen werden sollen; es soll nur an einigen Tagen in der Woche gearbeitet werden. Die Ursachen des Aussetzens müßten also andere sein. Diese Annahme, daß andere Ursachen mitwirken, wurde auch vom Kriegsamt bestätigt. Unter der Arbeiterschaft war auch niemand mehr, der glaubte, daß Kohlenmangel wirklich die Ursache der Betriebseinstellung gewesen. Die wahre Ursache ist der kommende Frieden im Osten, der Waffenstillstand; die Heeresleitung bedarf nicht mehr so viel Munition. Das Kriegsamt hatte sich nun bereit erklärt, bei der Direktion vorstellig zu werden; die Direktion erklärte, daß sie wohl anerkenne, daß die Arbeiterschaft in einer Notlage sei, allein die Fabrikleitung hier sei abhängig von der Generaldirektion der Werke in Berlin, sie hat den Schiedsspruch nicht anerkannt. Die Organisationsleitungen waren dann beim Ministerium des Innern vorstellig, auch hier wurde Unterstützung zugesagt, aber auch erklärt, der Einfluß des Ministeriums sei nicht groß, da der Sitz der Firma nicht hier, sondern in Berlin sei. Auf eine Anfrage in Berlin wurde die Antwort zuteil, daß auch dort die Firma die Zahlung einer Entschädigung ablehne. Die Arbeiterschaft steht nun vor neuen Tatsachen. Wir haben in diesen Vorgängen die ersten Zeichen der Uebergangswirtschaft vor uns. Es wäre ein schlimmer Dank des Vaterlandes, wenn die Arbeiterschaft nun die Kosten der Wirkungen dieser Uebergangswirtschaft zu tragen hätte, wenn es nun, nachdem die Arbeiterschaft in den Kriegsjahren pflichtgetreu ihre Schuldigkeit getan hat, heißen würde: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Richtig wäre gewesen, wenn man den Arbeitern gleich die wirklichen Ursachen des Aussetzens mitgeteilt hätte, dann hätten sie die Möglichkeit gehabt, sich anderweitig nach Arbeit umzusehen, sie hätten nicht wochenlang Hangen und Bangen brauchen. Es wurde nun der Versuch gemacht, die Entschädigungsfrage auf das Kriegsunterstützungsamt Karlsruhe abzuwälzen. Das Amt wollte sich bereit erklären, der Arbeiterschaft eine Unterstützung zu gewähren, wenn sich die Firma bereit erkläre, die gewährten Beträge nachträglich, wenn die Entschädigungspflicht ausgesprochen, zurückzuzahlen. Diesen Weg lehnt aber die Arbeiterschaft einmütig ab; man hat ihn auch eingeschlagen, ohne sich irgendwie vorher mit der Arbeiterschaft in Verbindung zu setzen.

Am letzten Samstag war nun die zweiwöchentliche Frist abgelaufen, der Schlichtungsausschuß teilte mit, daß die Fabrikleitung die Zahlung einer Entschädigung ablehne. Inzwischen ist aber über diese Fragen im Reichswirtschaftsamt in Berlin verhandelt worden und es sollen, wie das hiesige Kriegsamt mitteilt, die Fabriken zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet werden. Auf diese Nachricht hin sei das Kriegsamt gebeten worden, die Firma zu veranlassen, einen Vorschuß an die Arbeiterschaft zu gewähren. Allein auch dieser Weg war vergeblich. Es ist tief zu bedauern, daß niemand da ist, der einen Unternehmer zwingen kann, seine Hartköpfigkeit aufzugeben. Die Direktion hat sich bereit erklärt, den Arbeitern den Abkehrschein zu gewähren, allein, sie macht dabei allerlei Schwierigkeiten, so legt sie einen Revers vor, auf dem der Arbeiter bescheinigen soll, daß er keinerlei Ansprüche an die Firma mehr habe. (!) Zum Schlusse seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen legte der Redner der Versammlung eine Entschließung folgenden Inhalts vor:

„Die am 25. Januar 1918 tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen von den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Karlsruhe-Grötzingen nimmt bedauernd Kenntnis davon, daß die Direktion der Waffen- und Munitionsfabriken es abgelehnt hat, den Spruch des Schlichtungsausschusses anzuerkennen. Die Arbeiterschaft hat während der ganzen Kriegszeit in der treuesten Weise dem Betriebe gedient, im Interesse der Verteidigung des Vatrlands nichts untrnommn, was di Munitionserzeugung zu stören geeignet gewesen wäre und glaubt Anspruch darauf zu haben, in anderer Weise, als geschehen, behandelt zu werden.

Die Arbeiterschaft ist vom 22. Dezember 1917 bis 16. Jan., teilweise noch länger, ohne jeglichen Verdienst und ist auf Grund dieser feststehenden Tatsache in die bitterste Not geraten, die dadurch noch vergrößert wird, weil noch keine Aussicht vorhanden ist, ob alsbald wieder voll gearbeitet werden kann. Bei den großen, zahlenmäßig nicht festzustellenden Gewinnen des Betriebes glaubte die Arbeiterschaft auf ein größeres Entgegenkommen rechnen zu dürfen. Die Versammlung nimmt bedauernd davon Kenntnis, daß nunmehr Arbeitsmangel als Grund des langen Aussetzens angegeben wird. Weiter nimmt die Versammlung davon Kenntnis, daß die Entschädigungsfrage für die Arbeiter reichsgesetzlich geregelt werden soll. Solange der Arbeiterschaft die Regeung in ihren Einzelheiten nicht bekannt ist, muß sie ihren Anspruch auf Zahlung des Tagelohns aufrecht erhalten.

Da die bisher angerufenen Behörden der Arbeiterschaft die notwendige Hilfe nicht geben konnten, so beauftragt die Versammlung ihre Vertreter, dem Stellvertretenden General des 14. A.-K. diese Angelegenheit zu unterbreiten und bittet um rasche Erledigung. derselben."

In der anschließenden Diskussion wurde das Verhalten der Fabrikleitung scharf kritisiert. Im Zusammenhang damit wurde aber auch von allen Rednern, im besonderen von Stadtrat Sauer und dem Vertreter der H. D. Gewerkvereine, Herdecker, sowie dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, Stadtv. Kiefer, auf die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hingewiesen. Da wo die stärkste Organisation in den Betrieben ist, da sind auch die besseren Lohnverhältnisse. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Wir hoffen nun, daß endlich der letzte Schritt, den die Arbeiterschaft unternimmt, von Erfolg gekrönt sein wird.

*

Die Entschädigungsfrage geregelt.

Wie aus Berlin berichtet wird, haben im Reichswirtschaftsamt in den letzten Tagen Versammlungen mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie stattgefunden. Die Verhandlungen haben zu einer vollen Uebereinstimmung wegen der dabei zu beachtenden Grundsätze geführt. Der Bundesrat wird über den Erlaß von Bestimmungen, insbesondere über eine Beteiligung mit Mitteln des Reiches Beschluß fassen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 26. Januar.

Nichts zugelernt!

* In der Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates der Thüringischen Honig-Verwertungs-Gesellschaft, die kürzlich in Gotha stattgefunden hat, konnte mitgeteilt werden, daß auch für den Sommer 1918 in Bezug auf das Honigelend alles beim Alten bleiben wird, daß also die Verbraucher, genau wie im vergangenen Sommer, dem wucherischen Honighandel ausgeliefert werden. Das Kriegsernährungsamt steht ja allerdings, wie aus einer bei anderer Gelegenheit an den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ergangenen Antwort geschlossen werden kann, auf dem Standpunkte, daß es sich beim Honig nicht um nennenswerte Mengen handelt. Dann sollte man aber auch konsequent sein und nicht zur Erlangung dieser unwesentlichen Mengen wesentliche Zuckermengen zur Verfügung stellen, wie es auch für das neue Honigjahr wieder geplant ist.

Dann sei uns noch eine kleine Anfrage an das Kriegsernährungsamt gestattet: Hat man dort so wenig Fühlung mit Verbrauchern, werden dort so wenig Zeitungen gelesen, daß man gar nicht unterrichtet ist über das Maß der Verbitterung, das diese Begünstigung oder Erleichterung wucherischer Kriegsgewinne bei der Bevölkerung erregt? Wann endlich wird man gelernt haben, aus den dreijährigen Erfahrungen Nutzen zu ziehen oder ist man überhaupt unbelehrbar? Die neue Auflage des Honigskandals läßt fast das Letztere befürchten.

Die Auffassung der amtlichen Stellen über den „Schleichhandel" ist aus der Tagespresse bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangt. Um die Leiter der industriellen Werke für die Folge vor gerichtlicher Verfolgung und Bestrafung zu bewahren, werden die Betriebe durch ein Rundschreiben des Kriegsernährungsamtes **davor gewarnt, Lebensmittel, welche der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, auf ungesetzlichem Wege zu beschaffen.** Im Kriegsernährungsamt hat am 12. Januar 1918 eine Besprechung mit Vertretern der Industrie stattgefunden, in welcher dieser Standpunkt nachdrücklichst betont wurde. Es ist vereinbart worden, daß eine aus Vertretern der Behörden und der Arbeitgeber bestehende Kommission die Grundsätze festlegt, nach denen für die Folge die Mehrbelieferungen für die Massenspeisungen und die Bergarbeiter erfolgen sollen.

* **Ausschluß vom Handel wegen Unhöflichkeit.** Der „Reichsanzeiger" bringt fortgesetzt Bekanntmachungen, nach denen Personen des Gewerbe- und Kaufmannsstandes der Betrieb ihrer Geschäfte wegen Unzuverlässigkeit untersagt wird. Unter den letztveröffentlichten Bekanntmachungen befindet sich eine, in der einem Kaufman J. in Gelsenkirchen der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf die Dauer von 14 Tagen verboten wird, weil er, wie es in der Bekanntmachung heißt, „eine Kundin ohne Grund mit den Worten „Frauenzimmer" und „Spitzbube" beschimpft hat. Infolge derartiger unhöflicher Behandlung des Publikums hat J. sich als unzuverlässig im Handel erwiesen, und ist deshalb seine Ausschließung gerechtfertigt". Diese Ausschließung mag anderen unhöflichen Geschäftsleuten als Warnung dienen.

Ueberfüllung der Straßenbahnwagen. Laut Bekanntmachung des Städt. Bahnamtes im Anzeigenteil muß jeder, der einem vollbesetzten Wagen zusteigt und diesen nicht nach Aufforderung des Fahrpersonals verläßt, bei Ausweisung an der nächsten Haltestelle für die zurückgelegte Strecke eine Fahrgebühr von 2 Mk. bezahlen.

Müllauslese. Daß so mancher in der Haushaltung nutzlos gewordene Gegenstand wieder verwertet werden kann, ist daraus zu ersehen, daß das Tiefbauamt im Jahre 1917 für seine Müllauslese eine Einnahme von 5858 Mk. erzielt hat. Wenn auch dieser Einnahme eine Ausgabe von 4438 Mk. gegenübersteht, die Reineinnahme also nur 1420 Mk. beträgt, so ist es immerhin eine Wertsumme, die durch die Müllauslese erzielt worden ist. Die Müllauslese soll auch im laufenden Jahre fortgesetzt werden.

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz, Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermißte, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Karlsruhe, Kronenstraße 24, übernimmt von jetzt ab Geld- und Paketsendungen an kriegsgefangene Deutsche. Die Geschäftsstelle ist geöffnet vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, Samstags von 9—1 Uhr.

Colosseum. Das gegenwärtige Spezialitäten-Programm wird nur noch bis mit Donnerstag, 31. Januar, auf dem Spielplan bleiben. Neben dem beliebten Humoristen Karl Bernhord ist es der Türke Delaunc, welcher mit seiner Illusion „Die Flucht aus der Kiste" eine besondere Anziehungskraft ausübt. Sonntag, 27. Januar, finden zwei Vorstellungen, nachmittags 4 und abends 8 Uhr, statt.

Selbstmord. Eine in Ehescheidung lebende Schneidersehefrau aus Langensalza hat sich gestern vormittag in ihrem in der Kaiserstraße gelegenen Zimmer aus Liebeskummer erschossen.

Unfall. Eine 17 Jahre alte Arbeiterin von hier fiel gestern vormittag in einer Fabrik im Bannwald in einen Kessel mit kochendem Inhalt, zog sich schwere Brandwunden an Armen und Beinen zu und mußte ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

Kriegsnachrichten.

Fliegerangriff auf badische Städte.

WTB. Karlsruhe, 25. Jan. (Amtlich.) Am 24. Jan. abends fanden mehrere Fliegerangriffe auf die offenen Städte Mannheim, Ludwigshafen und dessen weitere Umgebung, Lahr und Freiburg statt. Der Sachschaden ist in Mannheim und Lahr unerheblich, in Freiburg wurden verschiedene bürgerliche Wohngebäude erheblicher beschädigt. Dort wurde auch eine Frau getötet.

*

Repressalien gegen Fliegerangriffe?

In der bürgerlichen Presse lesen wir folgendes:

„Die schärfsten Repressalien gegen die von den feindlichen Fliegern angerichteten Schäden werden in einer Eingabe gefordert.. Es wird darin angeregt, den feindlichen Regierungen anzukündigen, daß für jedes durch Fliegerangriffe beschädigte Privateigentum in offenen Städten und Dörfern des Badener Landes, sowie auch im sonstigen Reichsgebiet entsprechende Vergeltung im besetzten feindlichen Gebiet geübt und diese bei Nichtbeachtung der Ankündigung auch durchgeführt wird. Beispielsweise könnten für jedes beschädigte Haus in Baden zunächst 10 oder 20 Häuser unter Berücksichtigung des Unterkunftsbedarfs unserer Truppen usw. niedergelegt werden. Dieses Verhältnis ließe sich, wenn die feindlichen Regierungen in der Schädigung deutschen Eigentums fortfahren, unter dem Gesichtspunkt, daß die kleinste Hütte im Schwarzwald für Deutschland wertvoller ist, als der prächtigste Palast in Frankreich usw., beliebig ausdehnen. Das ganze badische und auch übrige deutsche Volk würde eine derartige Vergeltungsmaßnahme mit Freuden begrüßen. Wie die Erfahrungen lehren, haben sich die feindlichen Regierungen, vor allem die Frankreichs, nur durch schärfste Vergeltungsmaßnahmen unsererseits zum Nachgehen zwingen lassen."

Interessant ist es immer, festzustellen, daß bei jedem Fliegerangriff hüben und drüben festgestellt wird, daß es sich um sogenannte Vergeltungsmaßnahmen handle. Wird nach obigem Rezept verfahren, so kann es ja noch recht heiter werden, denn schließlich wird der Gegner dann auch „Repressalien" ergreifen. — Der Krieg sprengt alle Bande der Menschlichkeit und Kultur.

Die Kriegsziele Belgiens.

WTB. Le Havre, 25. Jan. (Nicht amtlich.) Der König der Belgier hat am 24. Dezember 1917 an den Papst eine Antwort auf seine Botschaft über den Frieden vom 1. August 1917 gerichtet. In dem Schreiben, dessen Wortlaut erst jetzt veröffentlicht wird, stellt der König folgende Kriegsziele Belgiens auf: Billige Genugtuung, Sicherheiten und Garantien für die Zukunft und Unversehrtheit des mutterstaatlichen und kolonialen belgischen Gebietes und seines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses ohne Bedingungen und ohne Beschränkungen, Genugtuung für die erlittenen Schäden und Garantien gegen eine Wiederholung des Angriffs von 1914.

Die Lage im neuen Rußland.

Menschewiki-Spaltung.

In der Vereinigten Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki) ist eine Spaltung zwischen den Parteimitgliedern eingetreten, die grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung stehen und denen, die rein internationalistisch sind. Der Ende Dezember abgehaltene Parteikongreß in Petersburg brachte die offene Trennung zutage. Der Parteivorstand besteht künftig aus reinen Internationalisten, ebenso die Redaktion des Zentralorgans „Nowy Lutsch". Gorew und der Stockholm Delegierte Ehrlich wurden nicht wiedergewählt, sondern in der Leitung des Blattes durch Martow und Martynow ersetzt. Das frühere Hauptorgan der Partei „Iskra" (Der Funke) wurde eingestellt und die „Rabotschaja Gazeta" (Arbeiterzeitung) zum Zentralorgan erklärt. Die unterlegene Parteiminderheit dürfte sich der Plechanow-Gruppe anschließen. Die russische Sozialdemokratie gruppiert sich dann um drei große Zentren: die Anhänger der Landesverteidigung, die internationalistischen Menschewiki und die Bolschewiki.

Die Zustände in Pettersburg.

Berlin, 25. Jan. (Privatmeldung.) Der Petersburger „Djen" berichtet aus Odessa, daß der dortige Sowjet die Beschlagnahme sämtlicher rumänischer Schiffe im Hafen von Odessa anordnete. Es handelt sich hierbei um 16 Fahrzeuge, darunter 2 Torpedoboote und 3 Kanonenboote. Die Verwirrung in der Moldau hat ihren Höhepunkt erreicht, da die bolschewistischen Truppen in der Moldau einem regelrechten Feldzug begegnen. Sämtliche Militärdepots wurden zerstört. Bei einer furchtbaren Explosion in Jassy wurden Kriegsvorräte im Werte von 34 Millionen Rubel vernichtet.

Verhaftung rumänischer Staatsmänner in Rußland.

Genf, 25. Jan. Die Balkanagentur meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare beschloß auf Vorschlag Trotzkys die Verhaftung von allen im Petersburger Gouvernement sich aufhaltenden rumänischen Staatsmänner. (Voss. Ztg.)

Blutiger Zusammenstoß in Moskau.

Amsterdam, 25. Jan. Reuter berichtet, am Dienstag sei es in Moskau zu Blutvergießen gekommen. Die Bolschewisten hätten einen großen Straßenumzug abgehalten, bei dem Maschinengewehre und Panzerautos mitgeführt worden seien; auch Kavalleriemannschaften und Rote Garde seien dabei gewesen. Auf dem Theaterplatz, wo gegen 1000 Zuschauer versammelt gewesen seien, habe dann irgendwer, vielleicht ein Spitzel, Revolverschüsse abgegeben, worauf eine furchtbare Panik entstanden sei und die Soldaten mit Maschinengewehren drauf los gefeuert hätten. Das Ergebnis sei gewesen: 30—40 Tote und 200 Verwundete, darunter viele Frauen und Kinder. Der Moskauer Sowjet behauptet, es sei auf den Zug aus den Fenstern dreier Gasthöfe geschossen worden, worauf die

Maschinengewehre und Panzerautos die Gasthöfe unter Feuer genommen hätten.

Der Wirrwarr an der russischen Front.

Berlin, 24. Jan. (Frkf. Ztg.) Zum Oberbefehlshaber der russischen inneren Front, d. h. des Kampfgebietes gegen die Ukraine und im Dongebiet ist vom Rat der Volkskommissare der Matrose Dubenko ernannt worden. An der Front dauern die Kämpfe zwischen den Ukrainern und der Maximalisten an. Die russische 8. Armee beabsichtigt, die Front zu verlassen. Drei Armeekorps der 9. Armee werden sich wahrscheinlich anschließen. Die Ukrainer suchen das zu verhindern, aber die großrussischen Truppen beabsichtigen, sich zur Verfügung der Charkower Regierung durchzuschlagen. Hinter der Front mehren sich die blutigen Zusammenstöße, und weitere sind zu erwarten. Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen haben bei Galatz einen unglücklichen Ausgang für die Russen genommen. Daraufhin sind 2300 Russen mit 22 Geschützen, 57 Munitionswagen, 53 Feldküchen, 360 anderen Fahrzeugen, 1200 Pferden zu den deutschen Truppen übergetreten. Auch nach Bessarabien sind durch Tscherbatschew rumänische Truppen entsandt worden, angeblich, weil Rumänien die bessarabische Republik unter seine Gewalt bringen will.

Der kurländische und litauische Landtag.

Berlin, 25. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Die „Germania" enthält eine Mitteilung über die Entstehung des kurländischen Landtags und des litauischen Landesrats, die ein deutliches Beispiel dafür gibt, daß diese Körperschaften ohne Einfluß von deutscher Seite entstanden sind und eine wirkliche Vertretung der Länder darstellen.

Der kurländische Landtag besteht aus 79 Mitgliedern, die sich folgendermaßen zusammensetzen: 28 Vertreter des Großgrundbesitzes, 27 Vertreter des Kleingrundbesitzes, vier Mitglieder der Ritterschaft, fünf Mitglieder der Geistlichkeit, sechzehn Vertreter der Städte. Die Wahlen erfolgten bei den Vertretern des Grundbesitzes kirchspielweise, in den Städten durch die Stadtverordnetenversammlungen ohne jede Einwirkung der deutschen Behörden.

Ueber die Entstehung der litauischen Landesvertretung schreibt die „Germania" folgendes: Das litauische Komitee in Wilna, das sich teilweise mit dem Präsidium der litauischen Nationalversammlung im Revolutionsjahr 1905 deckt, erließ Einladungen an rund 230 Teilnehmer aller Kreise und Parteien, zur Nationalversammlung, die am 23. September in Wilna tagte. Diese Versammlung wählte nach längerer Beratung zwanzig Abgeordnete, die als Landesrat von der deutschen Behörde bestätigt wurden. Auch diese Wahlen waren ohne jede Mitwirkung der deutschen Behörden erfolgt. Die Nationalversammlung erteilte dem Landrat die bekannten Instruktionen, die von dem Nationalrat in Bern und in Stockholm bestätigt wurden. Diese beiden Landesräte sind zusammengesetzt aus allen Nationalitäten und Volkskreisen Litauens und enthalten alle Parteien, auch litauische Sozialisten, wie Wilauchis und Kairys, die den Russen von heute nahe stehen. Sämtliche präsentierte Landratsmitglieder Litauens sind sofort und ohne Ausschluß der Deutschland mißliebigen Personen bestätigt worden.

Neues vom Tage.

Eisenbahnunglück in München.

München, 25. Jan. (WTB Nicht amtlich.) Der Berliner Morgenschnellzug, der heute vormittag 9.48 Uhr hier ankommen sollte, erlitt zwischen Lohhof und Schleißheim dadurch einen schweren Unfall, daß im fünften Wagen eine Benzinflasche explodierte, die ein Reisender aus Unvorsichtigkeit an die Heizleitung gestellt hatte. Der Wagen stand sofort in Flammen, sodaß ungefähr 40 Reisende mehr oder weniger starke Brandwunden davontrugen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der raschen Verbreitung des Feuers irgend welche Reisende verbrannt sind. Zwei schwerverletzte Frauen sind noch an der Unfallstelle gestorben. Die genaue Zahl der Verletzten und Toten sowie ihre Namen sind bisher noch nicht festgestellt. Im Zug befindliche Aerzte und eine Rote Kreuz-Schwester bemühten sich, mit dem Zugpersonal, die erste Hilfe zu leisten. Auch die Fliegerabteilung von Schleißheim war rasch zur Stelle. Ungefähr 10 schwerverletzte Personen wurden mit dem ersten Teil des Zuges nach München in die chirurgische Klinik verbracht. Von München aus sind zwei Hilfszüge an die Unfallstelle abgegangen.

Berlin, 26. Jan. Aus München wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger" gemeldet: Wie jetzt festgestellt worden ist, hat das Unglück in dem Berlin—Münchener D-Zug fünf Todesopfer gefordert. Die Liste der Verunglückten beläuft sich auf 38 Personen.

Halifax, 24. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Reuter. Infolge einer furchtbaren **Explosion** in dem **Acadi-Kohlenbergwerk** in **Steearten** werden **78 Mann vermißt.** E. besteht wenig Hoffnung sie zu retten.

Letzte Nachrichten.

Neue Versenkungen.

Berlin, 25. Jan. (Amtlich.) Unter der bewährten Führung des Kapitänleutnants Viebeg erzielte eines unserer U-Boote kürzlich glänzende Erfolge gegen den Transportverkehr in dem besonders stark bewachten östlichen Teil des Aermelkanals. 7 Dampfer mit insgesamt 28000 BRT. wurden innerhalb kurzer Zeit in mit großer Kühnheit durchgeführten Angriffen vernichtet. 4 Dampfer, darunter ein Tankdampfer von mehr als 5000 Tonnen, wurden aus Geleitzügen, die durch Zerstörer, U-Bootsjäger und Fischdampfer stark gesichert waren, herausgeschossen, davon 2 aus demselben Geleitzug. Unter den übrigen Schiffen befindet sich ein größerer Dampfer vom Einheitstyp, anscheinend nach Le Havre bestimmt.

Reichstagsersatzwahl in Bautzen

Uhlig gewählt.

Bautzen, 26. Jan. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Bautzen-Kamenz erhielt Justizrat Dr. Hermann (Kons.) 8763 Stimmen und Uhlig (Soz.) 9691 Stimmen. Uhlig ist somit gewählt.

*

Bei der Hauptwahl am 11. Januar 1918 erhielt Dr. Herrmann 6036 Stimmen, der Fortschrittler Rador 3521 Stimmen und Uhlig 6441 Stimmen. Da die abgegebenen Gesamtstimmen gegenüber der Hauptwahl um 1500 zugenommen haben, scheinen die Fortschrittler nicht restlos für Uhlig eingetreten zu sein, sonst müßte sein Stimmenzuwachs ein größerer sein.

Der Ausgang der Wahl bedeutet ein Votum für den Verständigungsfrieden. Die Kriegstreiber hatten alles versucht, um die Gemüter aufzupeitschen und eine Art Verdammungsurteil der Wählermassen gegen die Reichstagsmehrheit zu erwirken. Es wurde ihnen aber gezeigt, daß die Mehrheit des Volkes auf einem anderen Standpunkt steht.

Kriegsdenkschrift der engl Arbeiter.

Amsterdam, 26. Jan. (Priv.-Tel.) Nach einer Reuter-Meldung sagte in der gestrigen Sitzung der Arbeiterkonferenz in Nottingham Renaudel, daß die Kriegszieldenkschrift der englischen Arbeiterbewegung dem Nationalrat der französischen sozialistischen Partei am 17. Februar vorgelegt werden würde, und fügte hinzu, daß die belgischen Vertreter mitgeteilt hätten, daß der Anschluß der belgischen Arbeiterpartei an sie in einigen Tagen bekannt gegeben werde. Alles werde versucht werden, die Zustimmung der Arbeiterparteien in den Vereinigten Staaten und in den anderen alliierten Ländern zu sichern. Er glaube, daß auf diese Weise die gesamten Arbeiterorganisationen der Alliierten baldigst zu einer Uebereinstimmung hinsichtlich ihrer Kriegsziele gelangen würden. Dann werde man sich an die Arbeiterorganisationen der anderen Kriegführenden wenden, um in eine gemeinsame Aktion zur Erzielung eines dauerhaften Friedens einzutreten, der die Niederlage des Imperialismus in der ganzen Welt besiegeln würde.

Die „Maximalisten Englands".

Amsterdam, 25. Jan. Nach zuverlässigen Berichten aus London hat die **Ausstandsbewegung der englischen Metallarbeiter jetzt auf die Werften übergegriffen.** In Liverpool und anderen Orten fanden Versammlungen statt, in denen die Werftarbeiter mit dem allgemeinen Ausstand drohten, falls die Lebensmittelversorgung keine durchgreifende Besserung erfährt. Die Bewegung ist zwar durch die unzureichende Ernährung verursacht, sie verfolgt aber zweifellos pazifistische Ziele. Der Endzweck der Streikbewegung besteht darin, die Regierung durch Drohungen und gegebenenfalls durch Arbeitsniederlegungen zum Die Verwirrung in der Moldau hat ihren Höhepunkt er- Maximalisten Englands.

Englische Verluste.

WTB. **London**, 25. Jan. (Nicht amtlich.) Im Unterhause erklärte Mac Namara, daß mit einem Dampfer, der vom Feinde vorige Woche im Mittelmeer versenkt wurde, ungefähr 434 und mit einem anderen 224 Personen zugrunde gegangen seien.

(Es dürfte sich hier um Verluste beim letzten Seegefecht an den Dardanellen handeln. D. Red.)

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil **Hermann Kabel**; für den Inseratenteil **Gustav Krüger**, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Arbeiterturnerbund. 3. Bezirk. Sonntag, den 27. Januar nachm. 1 Uhr **Bezirksturnstunde** in Durlach (Hindenburgschule). Anschließend **Vereinsvertreter-Konferenz** im „Lamm". Jeder Verein muß vertreten sein. 2378

Es ist eine Bekanntmachung, betreffend **Beschlagnahme und Bestandserhebung** von gebrannten und anderen künstlichen **Mauersteinen, Dachziegeln** aller Art und **Drainageröhren** aus Ton erschienen, die am 25. Januar 1918 in Kraft tritt. Nach dieser Bekanntmachung werden **sämtliche vorhandenen und neuerzeugten Mengen** von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen und Dachziegeln aller Art (insbesondere gebrannte Tonsteine, Kalksandsteine, Schwemmsteine, Schlackensteine, Zementsteine), welche als Vor- oder Hintermauersteine, Hartbrandsteine, Klinker, Verblender, poröse Steine, Decken- und Lochsteine, Dachziegel Verwendung finden können, sowie Drainageröhren **aus Ton beschlagnahmt**, sofern sie sich im Besitz von Personen oder Betrieben befinden, die derartige Gegenstände erzeugen oder mit ihnen handeln. Nach der Beschlagnahme sind Verfügungen über die Gegenstände nur noch zulässig, sofern sie durch einen Freigabeschein mit dem Stempel des Kriegsamtes, Bautenprüfstelle, gestattet sind, oder eine ordnungsmäßige Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vorliegt.

Ohne besondere Genehmigung bleibt jedoch trotz der Beschlagnahme der Verkauf und Verbrauch von Mauersteinbruch sowie von Formsteinen bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 5000 Stück in einem Kalendermonat für eine Baustelle gestattet.

Der **Vorrat** in den obenbezeichneten Gegenständen ist außerdem von den Personen oder Betrieben, die sie erzeugen oder mit ihnen handeln, alle 2 Monate an die Kriegsamtsstelle **zu melden**, in deren Bereich die Gegenstände sich befinden. Die erste Meldung ist über den bei Beginn des 1. Februar 1918 vorhandenen Bestand bis zum 10. Februar 1918 zu erstatten. Vorgedruckte Meldebogen sind von der zuständigen Kriegsamtstelle anzufordern. Auch eine Lagerbuchführung ist über die zu meldenden Gegenstände vorgeschrieben.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den **Bürgermeister-Aemtern** und **Polizei-Behörden** einzusehen.

Grossherz. Hoftheater.

Spielplan vom 27. Januar bis 4. Februar.

Sonntag, 27. Jan. im Hofth. C. 30. Festvorstellung zu Kaisers Geburtstag, zum erstenmal in neuer Bearbeitung: „Die Gärtnerin aus Liebe", kom. Oper in 3 A. v. Mozart, mit neuem Text u. Dialog von Anton Rudolph. ½7 bis geg. 10; im Konzerthaus: „Husarenfieber", ½7 bis 9. — Montag, 28. Jan. A. 32. „Kolberg", 7 bis ½10. — Dienstag, 29. Jan. B. 32. „Der Barbier von Sevilla", 7 bis geg. ¾10. — Donnerstag, 31. Jan. C. 31. „Rigoletto", 7 bis 10. — Freitag, 1. Febr. B. 33 „Baumeister Solneß", 7 bis geg. 10. — Samstag, 2. Febr. 42. Sondervorst. „Robert u. Bertram", 7 bis geg. 10. Vorverkauf für die Platzmieter am Samstag, 26, nachm. 3 bis ½5. B., C., A.; allgemeiner Vorverkauf von Montag, 28 Jan., vorm. 10 Uhr an. — Sonntag, 3. Febr. im Hofth. A. 33. Die „Meistersinger von Nürnberg", ½5 bis geg. 10; im Konzerth.: Fräulein Witwe", „Lore", „Lottchens Geburtstag", ½7 bis 9. — Montag, 4. Febr. B. 34. „Die Gärtnerin aus Liebe", 7 bis n. 10. — **Im Gr. Theater in Baden-Baden:** Donnerstag, 31. Jan. Zum erstenmal: „Baumeister Solneß", Schauspiel in 3 A. v. Henrik Ibsen, ½7 bis geg ½ 10.

Liefert Gold ab

Goldankaufsstelle Karlsruhe

Stefanienstraße 28 2255

Geöffnet Montag und Mittwoch zur Annahme und Auszahlung von 10—½1 Uhr.

Goldankaufsnebenstellen:

Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen.

Einladung.

Zur Feier des

Geburtstags Seiner Majestät des Kaisers

veranstaltet die Stadt Karlsruhe

Samstag, den 26. Januar 1918, abends 8 Uhr,

im großen Saale des Konzerthauses

einen

Festakt.

Die Karlsruher Einwohnerschaft wird zu zahlreicher Beteiligung an dieser patriotischen Veranstaltung hiermit freundlichst eingeladen.

Der Besuch ist nur gegen Eintrittskarten zulässig, für die eine Abgabe von 50 Pfg. zu Gunsten der Kriegsfürsorge erhoben wird. Die Benützung der Kleiderablage ist gebührenfrei. Die Eintrittskarten werden von Mittwoch den 23. ds. Mts. ab in der Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiserstraße 124a, abgegeben. 2351

Männer und Frauen haben Zutritt.

Karlsruhe, den 21. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im **Monat Juni 1917** unter **Nr. 7183** bis mit **Nr. 8873** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **7. Feb. 1918** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 2321

Karlsruhe, 19. Januar 1918.

Städt. Pfandleihkasse.

Festes imprägniertes Preß-Spaltplatten-Leder

3½—5 Pfund schwer, 5—6 mm stark und ca. 55×45 cm groß = 6—8 Paar B.-Sohlen u. Absatz-Zwischenflecke; Probeplatte Mk. 13.25 frei Porto und Verpackung.

Heinrich Langer Heidenau-Dresden. 2286

Große Hasen

trächtige, belgische, deutsche und japanische, schöne Kaninchen, billig zu verkaufen. 2379

Bischweier bei Rastatt Murgtalstraße 5.

Nähmaschine

sehr gut nähend, billig zu verkaufen. 2326

Zirkel 13, 2. Stock.

Parteiliteratur

empfiehlt

Buchhdlg. Volksfreund

Luisenstraße 24.

Colosseum

Täglich abends pünktlich 8 Uhr **Vorstellung.**

1/2 9 Uhr: Die Flucht aus der Kiste. — Illusion des Türken „Delaune".

1/2 10 Uhr: Carl Bernhard, Humorist. 2376

Sonntag, den 27. Januar **Zwei Vorstellungen** nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

P.T. Palast- Theater P.T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Ab heute!

Elga Beck

Wiens gefeierte Schönheit in dem grossen Film-Prachtwerk

Die Königstochter von Travankore

Ein Drama aus Indien, in dem seine Riesentempel und Paläste in Wahrheit gezeigt werden.

5 Akte.

Personen: 2384

Der König von Travankore	Ernst Benzinger.
Agra, Tochter des Königs	Elga Beck.
Baron Kaewe	Jos. Peterhans.
Malati, Minister des Königs	Paul Rehkopf.
Fürst von Ihalawar	Max Marion.
Joghi, indischer Heiliger	Johannes Petersen

Dauer- und Freikarten haben bei diesem Film keine Gültigkeit.

Gute Leipziger

Pelze

Die noch vorhandene grosse Auswahl **„ganz extra billig!"** **Besondere Gelegenheit!** Ein Posten aussergewöhnlich preiswerte **„Alaska"** **„Fuchs"**-Pelze **Nur** 2369

Karl-Friedrichstr. 6
1 Treppe
(neb. Fa. Spiegel & Wels)
K. Schorpp.

Residenz-Theater

Waldstrasse

Samstag bis einschliessl. Dienstag.

Erloschene Augen.

Tragödie in 4 Akten.

Als Einlage an den Werktagen:

Prinz Waldemar.

Lustspiel in 3 Akten.

Bild des Bild- und Film-Amt Berlin. 2382

Des Kaisers Weihnachtsreise

Aktuell.

2134

Städt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder. Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

Damenbadezeit: „Montag u. Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 8 Uhr.

Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit. Samstags bis abends 9½ Uhr und Sonntags geschlossen.

Ueberfüllung der Straßenbahnwagen.

Wer auf einen vollbesetzten Wagen zusteigt und diesen trotz Aufforderung des Fahrpersonals nicht alsbald verläßt, hat abgesehen von der polizeilichen Bestrafung und der Ausweisung an der nächsten Haltestelle für die zurückgelegte Strecke eine Fahrgebühr von Mk. 2.— zu bezahlen.

Karlsruhe, den 25. Januar 1918. 2381

Städtisches Bahnamt.

Nächste Badische Krieger-Geldlotterie.

Ziehung am 1. Februar
3264 Geldgewinne und 1 Prämie bar Geld

37000 Mk.
Mögl. Höchstgewinn

20000 Mk.
3263 Geldgewinne

17000 Mk.

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 M.
Porto und Liste 30 Pfg.
empfiehlt Lotterie-Untern.

J. Stürmer 2390
Straßburg i. E., Langstraße 107.
Filiale Kehl a. Rh., Hauptstr.

Ed. Fluge, u. a. Losverkaufsstellen.

Franz Pecher
Karlsruhe,
Zirkel 30, Gewerbebank,
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Zuchthähne.

Rebhuhnfarbige und weiße Italiener, Rhodeländer, Kreuzung Plymouth-Rocks und Rhodeländer **zu verkaufen** oder gegen Rhodeländer Zuchthühner **zu tauschen.** 2377

Städtisches Krankenhaus.

LULI

Luxeum-Lichtspiele

Kaiserstraße 168. **Telefon 3985.**

Ab heute!

Erich Kaiser-Titz

und 2383

Käthe Haack

in dem Schauspiel

Die Stricknadeln

(Ein Ballfest im Grünen) 1 Vorspiel und 4 Akte von **August von Kotzebue.**

„KAETHE" Lustspiel in 2 Akten.

Hauptdarstellerin: **Lo Too**

Partien an der Weser. Naturaufnahme.

Husten, Atemnot, Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite. 2375

Frau Kürschner, Hannover Osterstr. 40. Rückmarke erwünscht.

Schlachtpferde

werden fortwährend zu höchsten Tagespreisen angekauft

Pferdeschlächterei Mangold

2324 **Rheinstraße 46, Tel, 3936.**

Ein Esel

samt Geschirr ist zu verkaufen.

Pferdeschlächterei Mangold,

Rheinstraße 46, Telefon 3936.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach

für den Amtsbezirk Durlach.

Der vom Ausschuß der Kasse in seiner Sitzung vom 18. November v. J. einstimmig beschlossenen Aenderung des § 19 Absatz 1 Ziffer 2 der Satzungen, wurde gemäß § 324 R.V.O. unterm 28. Dezember v. J. die Genehmigung seitens des Großh. Oberversicherungsamts Karlsruhe erteilt.

Darnach wird ab 1. Januar 1918 auch für die Sonntage Krankengeld gewährt, außerdem werden nur 2 statt bisher 3 Karrenztage in Anrechnung gebracht.

Durlach, den 24. Januar 1918. 2387

Der Vorstand:
Hirschauer.

1 Wandbrett u. Schaft zu verk. Anzuf. nach 6 Uhr abends. **Karl-Wilhelmstr. 40a,** V. l. 2380

Turnverein Aue, e. V.

Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal zur **„Blume"** eine

Außerordentl. Mitgliederversammlung

statt.

Wegen sehr wichtiger Vereinsangelegenheiten ist das Erscheinen aller noch anwesenden Mitglieder erforderlich. 2359

Der Einberufer.

Für unsere **Marmeladefabrik suchen** wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen

und

Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner
in Karlsruhe-Grünwinkel.

2129

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Max Sulzberger von Bruchsal, Kaufmann hier, mit Klara Tiefenbronner von Königsbach. Hermann Dreher von hier, Schlosser hier, mit Barbara Kempf von Haslach. Wilhelm Graus von hier, Hausdiener hier, mit Anna Grimmig von Stadelhofen.

Geburten. Erwin, V. Friedrich Wilhelm Martin, Taglöhner. Cläre Liselotte Ilse, V. Dr. Karl Hemmerdinger, prakt. Arzt. Elsa Martha, V. Theodor Schleifer, Drahtflechter.

Todesfälle. Jakob Friedrich Leßle, Landwirt, Ehemann, 60 J. alt. Georg Neuer, Metzgermeister, Ehemann, 62 J. alt. Friedrich, 9 Tage alt, V. Julius Eberle, Gärtner. Richard, 1 Jahr 5 Monate 18 Tage, V. Richard Fuchs, Goldschmied. Pauline Zilly, 44 Jahre alt, Ehefrau von Christof Zilly, Schuhmachermeister. Hieronymus Fassot, Einkassierer, Ehemann, 44 J. alt. Marie, 1 J. 10 Monate 21 Tage alt, V. Friedrich Häfner, Weichenwärter.